

Politik will Finanzaufsicht nicht abgeben

Schwarzenborn/Homberg – Die Finanzaufsicht über die 27 Städte und Großgemeinden sollte beim Landkreis bleiben: Das ist die Mehrheitsmeinung im Kreisparlament.

SPD und FWG hatten das Thema auf die Tagesordnung gebracht bei einer Sitzung in Schwarzenborn. Die geplante Verlagerung der Finanzaufsicht über die Kommunen zu den Regierungspräsidien sollte abgelehnt werden.

Die Besonderheiten vor Ort zu kennen, sei eine wichtige Grundlage, eine Verlagerung würde eine deutliche Schwächung des kommunalen Raums bedeuten.

Hintergrund: Der Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grünen sieht die Verlagerung der Finanzaufsicht weg von den Landratsämtern hin zu den Regierungspräsidien vor, dies werde derzeit vorbereitet.

Nur die Sprecher von CDU und Grünen verteidigten in Schwarzenborn die Pläne der hessischen Landesregierung, alle anderen zweifeln die höhere Effizienz und Kompetenz einer Aufsicht der Gemeinden durch die Regierungspräsidien an.

aqu